

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falkensteinstraße 46, 10247 Berlin
Tel./Fax: 030 5611 62 11
Blz: 10247 Berlin, 030 5611 62 11

blick nach

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 20. Jahrgang, Nr. 14, 10. Juli 2003

A 13861

rechts

Einblicke

Böser Geist

Von Helmut Lölhöfel

Schon häufig haben wir an dieser Stelle an Entgleisungen von Politikern, Gewerkschaftern und Journalisten Anstoß genommen, die sich mit Nazi-Vergleichen in Wort und Ton vergriffen haben. Manchmal unbedacht, manchmal absichtsvoll. Wir werden immer wieder darauf aufmerksam machen, dass auch Sprache Bewusstsein bildet. Wer unüberlegte Vergleiche mit dem Nationalsozialismus und Faschismus anstellt, relativiert damit die ungeheure Gewalt der von ihnen begangenen Verbrechen. Und leistet damit ungewollt denen Gesellschaft, die genau das im Sinn haben.

Was sich der italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi geleistet hat, als er den deutschen Europaabgeordneten Martin Schulz einen „Kapo“, einen KZ-Aufseher, nannte, hat nicht nur wegen seines Ranges als EU-Ratspräsident, sondern auch wegen des Ortes – es geschah im Europaparlament – besondere Bedeutung. Kommentatoren, die Berlusconi einschätzen können, sind sich einig, dass sein Ausfall gegen Schulz kein provokativer Ausrutscher in einer aufgeladenen Debattenatmosphäre war und auch keine kalkulierte politische Kampfrhetorik. Er offenbart die innere Überzeugung eines Mannes, dem jedes Verständnis dafür fehlt, dass Macht nicht Allmacht ist.

Schlimm genug, dass Berlusconi skrupellos politische und wirtschaftliche Interessen miteinander verflechtet. Schlimm genug, dass er seine mediale Macht skrupellos damit vermischt. Schlimm, wie er die Gewaltenteilung unterläuft. Dieser Berlusconi ist nicht die Stimme Europas.

Bei der Beobachtung der internationalen Rechten haben wir ihn bisher nur am Rande behandelt, wenn er oder seine Partei mit dem Rechtsextremismus in Berührung kommen. Das wird so bleiben. Wir haben keine Sorge, dass im Berlusconi-Italien der Faschismus aufersteht. Und wir wollen ihn auch nicht dämonisieren. Aber nach diesem Eklat von Brüssel muss Berlusconis gefährliche Geisteshaltung noch genauer unter die Lupe genommen werden.

Denkräume eröffnen

Der neurechte Arun-Verlag versucht, sich in der esoterischen und spirituellen Szene zu etablieren.

Seite 2 ■

Heim ins „Reich“

Preußens „Staatschef“ legt sich für den in Kanada inhaftierten Holocaust-Leugner Ernst Zündel ins Zeug.

Seite 3 ■

Bewegtes braunes Netz

Bei neonazistischen Webseiten und Providern ist ein häufiger Wechsel zu beobachten.

Seite 4 ■

Führerlose „Kirche“

Matt Hale, dem Kopf der rechtsextremen US-amerikanischen World Church of the Creator, drohen bis zu 30 Jahre Haft.

Seite 6 ■

Unverzichtbare Bände

Ohne die Reihe „Justiz- und NS-Verbrechen“ ist NS-Forschung kaum noch möglich – zwei neue Bände sind wieder erschienen.

Seite 10 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Hintergrund**Spirituelle Botschaft**

In der Esoterik-Szene sind die Bücher aus dem neurechten Arun-Verlag gern gesehen – die politischen Motive werden häufig unterschätzt.

Der Arun-Verlag hat sich den magischen „Traditionen“ und spirituellen „Kulturen“ gewidmet. Das „uralte Wissen“ der nordischen Mythologie und der keltischen Magie will der kleine Verlag aus Engerda in Erinnerung rufen. Mit Erfolg: Die Titel des thüringischen Verlags „Das Geheime Wissen der Frau“, „Germanische Magie“ oder „Nordisches Heidentum“ sind in der spirituellen Szene der Bundesrepublik bekannt. Kaum eine esoterische Buchhandlung, die nicht Bücher des Verlages ins Angebot aufgenommen hat. Selten ein Händler, der keine Arun-Publikationen bei Esoterikmessen auslegt. Aber auch bei Dark-Wave-Events lassen die Organisatoren Stände des Verlages zu.

Das Politische des Programms scheint im Spektrum zwischen esoterisch Motivierten und spirituell Interessierten indes weniger bekannt zu sein. In Hamburg gaben sich die Erkenntnisverkäufer in mehreren Esoterikbuchläden zu den politischen Motiven des Verlagsinhabers Stefan Björn Ulbrich unwissend. „In dem Verlag gibt es keine politischen Bücher“, beteuert eine Buchhändlerin, „nur spirituelle“. Dass sie in den Regalen neben „Celtic Design“ von Aidan Meehan auch die „Revolte gegen die moderne Welt“ von Julius Evola aus dem Arun-Verlag anbieten, scheint kein Widerspruch. „Evola, ein faschistischer Kulturphilosoph. Nein“, erwidert sie. Der Autor kritisiert doch nur den „blinden materialistischen Fortschritt“. Allein bei der Buchhandlung Weiland fiel die „Gewichtung auf das Nordische“ auf. „Eine politische Intention ist zu befürchten“, erklärt eine Mitarbeiterin der Eso-Abteilung. So hätten sie auch die „eindeutigen Bücher“ nicht ins Angebot aufgenommen.

Seit Anfang der 90er Jahre bemüht sich Ulbrich, als Verleger und Autor das Wissen über die europäischen Mythen und Kulte zu verbreiten. Denn der einstige Aktivist der verbotenen rechtsextremen Wiking Jugend (WJ) und ehemalige Redakteur der vom Verfassungsschutz beobachteten „Jungen Freiheit“ (JF) möchte eine „konservative Kulturavantgarde“ schaffen, die aus altem Wissen und neuen

Entwicklungen eine neurechte Kulturalternative entwickeln soll. Wegen eines mangelnden dynamischen Kulturverständnisses verließ Ulbrich Ende 1993/Anfang 1994 die Redaktion der Wochenzeitung. „Die ‘Neue Rechte’ braucht ein wesentlich erweitertes Verständnis von Kultur“ führte er in der JF aus und „wem also an Kultur und Identität gelegen ist, der schaffe Möglichkeiten und Räume (...) Wer dagegen nur davon spricht, dass die kulturelle Identität erhalten werden müsse, verkennt völlig den dynamischen Charakter“.

So möchte Ulbrich mit den spirituellen Büchern, wie „Symbol-Gebäck“ von Helge Folkerts und den politischen Werken, wie zu dem SS-Brigadeführer Karl Maria Willigut – „Weisthor. Karl Maria Willigut. Himmlers Rasputin und seine Erben“ – und zu dem SS-Ahnenforscher Otto Rahn – „Otto Rahn und die Suche nach dem Gral“ –, neue Denkräume eröffnen. Aber auch Erlebnisräume werden geschaffen. Regelmäßig bietet Ulbrich zusammen mit seinen Mitarbeitern kultische Tage oder spirituelle Seminare an. Neben dem Arun-Verlag unterhält Ulbrich auch den Gaia-Versand, der „ausgesuchte Produkte und Literatur anderer Verlage“ anbietet.

Alles „Jugendsünden“, beschwichtigt Ulbrich mit Bezug auf seine Aktivitäten bei der WJ und JF auf der Verlagswebsite und mit Verweis auf die Verbreitung seines Verlagsprogrammes über rechtsextreme Zeitschriften verharmlost er, das sind „nur circa 10 Händler“.

Das Bundesministerium des Innern widerspricht dieser Selbstdarstellung. „Neben Beiträgen demokratischer Autoren“ enthalten Sammelbände des Verlages „zahlreiche Aufsätze von Rechtsextremisten“ erklärte die Behörde auf eine Kleine Anfrage im Jahr 2000 und betonte, „an der Erstellung einzelner Titel (sind) auch Personen (beteiligt), die als rechtsextremistisch einzuschätzen“ sind.

Aber auch Hexen und Heiden wehren sich gegen Ulbrichs Bemühungen, „neurechtes Denken“ der Szene unterzujubeln. „Es ist nicht unbedingt nötig, auf derartige Pamphlete zurückzugreifen“, meinen die Autoren des naturreligiösen Online-Magazins „Der Hain“, „um sich ein Bild über traditionelle Bräuche zu machen“. Und empfehlen, „objektivere Werke“ zu kaufen. Nicht alle Esoterikbuchhändler teilen jedoch die Einschätzung, dass mit dem Verkauf eines „unpolitischen Buches“ aus diesem Verlag politische Bestrebungen unterstützt werden.

Andreas Speit

Aktivitäten

„Staatsoberhaupt“

Der Präsident des imaginären „Freistaats Preußen“ will Ernst Zündel retten. Die rechtsextreme Organisation strebt die „Wiederherstellung des Deutschen Reiches“ einschließlich der Kolonien an.

Für das Wohl und Wehe des in Kanada inhaftierten Holocaust-Leugners Ernst Zündel legt sich Rigolf Hennig, „Staatspräsident des Freistaats Preußen“, ins Zeug. In einem Schreiben an Bundesaußenminister Joschka Fischer beruft sich der Chirurgie-Facharzt aus Verden/Aller bei Bremen auf die Ehefrau Zündels und äußert die Befürchtung, dass der gebürtige Deutsche Zündel schwer krank sei. Doch er werde – möglicherweise mit Absicht – nicht ausreichend medizinisch versorgt. Fischer müsse handeln; andernfalls würde er von Hennig persönlich zur Verantwortung gezogen.

Der aktuelle Brief an Fischer zu Gunsten von Zündel, dem Auftraggeber des berüchtigten „Leuchter-Berichts“, ist bei weitem nicht der einzige Beleg für die enorme Selbstüberschätzung, mit der Rigolf Hennig in extrem rechten Kreisen hausieren geht. Zwar dürfte er als „preußischer Staatspräsident“ auch von vielen Gesinnungsgenossen belächelt werden, aber dennoch verfügt er durchaus über Einfluss und Verbindungen. So finden sich in der Zeitschrift „Der Preuße“, dem offiziellen „Staatsorgan“ des „Freistaats Preußen“, auch Beiträge von NPD-Anwalt Horst Mahler und Rechts-Verleger Heinz Mahncke sowie von Georg Albert Bosse und Brigadegeneral a.D. Reinhard Uhle-Wettler. Bosse hatte sich als Vorsitzender der Vereinigung „Die Deutsche Freiheitsbewegung“ (DDF) einen zweifelhaften Namen gemacht. Die DDF war 1983 von Otto Ernst Remer gegründet worden – jenem Hitler-Offizier, der an der Niederschlagung des Aufstandes vom 20. Juli 1944 entscheidend beteiligt gewesen war. Reinhard Uhle-Wettler fiel Ende der neunziger Jahre etwa durch den Sammelband „Wagnis Wahrheit“ (Arndt-Verlag) einschlägig auf. In ihm setzt sich der hohe Ex-Militär für den Holocaust-Leugner David Irving ein.

Bevor Rigolf Hennig zum „Staatsoberhaupt“ avancierte, musste er sich erst seine bräunlichen Sporen verdienen. Der Oberstabsarzt der Bundeswehr-Reserve war Kreisvorsitzender, Landesvorständler

und Bundestagskandidat der Republikaner, bevor er 1993 zur Deutschen Liga für Volk und Heimat stieß. Als deren niedersächsischer Landesvorsitzender, Bundesvorstandsmitglied und Redakteur der Mitgliederzeitung „Deutsche Rundschau“ frohlockte er nach Angaben des niedersächsischen Verfassungsschutzes: „Vereinzelte Speerspitzen ragen aus den noch ungeordneten Heerscharen des betrogenen Volkes heraus und der Widerstand beginnt sich zu artikulieren.“ Als Widerstandstat dürfte Hennig wohl auch die Broschüre „Völkermord am deutschen Volk“ verstanden haben, die Ende 1997 mit seiner tatkräftigen Unterstützung verbreitet wurde. Die Staatsanwaltschaft trat auf den Plan. Denn das Machwerk, in dem zur „Notwehr“ gegen die „Auslöschung des deutschen Volkes“ aufgerufen wurde, war von Rassenwahn geprägt. Zahlreiche Funktionäre rechtsextremer Organisationen und Parteien hatten die Hetzschrift mit ihren Spenden erst ermöglicht.

■ Nürnberg wird Regierungssitz ■

Als „Staatspräsident“ steht Rigolf Hennig einer Art Exilregierung vor, die internationale Verhandlungen führen soll. Denn Hennig zufolge strebt der „Freistaat Preußen“ die „Wiederherstellung des Deutschen Reiches“ inklusive Österreich, Tirol und Elsass-Lothringen an. Ebenfalls einverleibt werden sollen „alle ostdeutschen Länder einschließlich Westpreußen und des deutschen Teils von Nord-Schleswig (Grenzen 1914 + 1939)“. Nicht zuletzt rechnet Hennig auch die ehemaligen deutschen Kolonien noch zum Deutschen Reich, das seinen Regierungssitz dereinst in Nürnberg – der Stadt der Reichsparteitage der NSDAP – einnehmen soll.

Mit der 1970 gebildeten „Notverwaltung des Deutschen Ostens“ (NDO) arbeitet die preußische Exilregierung eng zusammen. Die NDO macht unter anderem mit Holocaust-Leugnern gemeinsame Sache und kooperierte auch mit militanten rechtsextremen Organisationen wie zum Beispiel mit der mittlerweile verbotenen Wiking-Jugend. Besonders innig ist das Verhältnis zwischen der NDO und der Gemeinschaft Ost- und Sudetendeutscher Grundeigentümer und Geschädigter (GOG). NDO und GOG wollen die „Rechte und Ansprüche der deutschen Bevölkerung aus den Ländern des deutschen Ostens wahren“. Denn aus ihrer Sicht existiert in diesen Gebieten „keine deutsche staatsrechtliche und verfassungsmäßige Vertretung innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches“. *Thomas Klaus*

Aktivitäten**Virtuelles Netz**

Bei einer Reihe rechtsextremer Webseiten herrscht Fluktuation vor. Die einschlägigen Provider haben teilweise mit großen Problemen zu kämpfen.

Im Laufe der letzten Monate sind mehrere für die Neonazi-Szene im WWW wichtige Webadressen „verschwunden“ beziehungsweise wegen technischer Probleme wie Datenbankfehler nur eingeschränkt nutzbar. Dazu gehören auch mehrere große neonazistische Toplisten, darunter auch die berühmte „Top 100 Nationalist & Revisionist Sites“, die mittlerweile auf den Namen Sigrun Christianson und eine Adresse in San Diego registriert als Domain online ist und die von Neonazis weltweit genutzt wird, um ihre Webseiten bekannt zu machen.

Größer scheinen die Probleme des unter dem Pseudonym „WPMP3“ seit Jahren im Internet aktiven Betreibers des „Nationalen Forums“, dem bislang größten neonazistischen deutschsprachigen Webforum, das in der Vergangenheit trotz wiederholter technischer Probleme und Ausfälle eine vierstellige Nutzerzahl hatte. Nach längerem Ausfall wechselte WPMP3 zu Beginn des Jahres mit seinem Forum zum Anbieter „Aryan88“, der eine eigene Webseite betreibt und zugleich Webpace für ideologisch Gleichgesinnte bot – einige Wochen später verschwand das „Nationale Forum“ gänzlich aus dem WWW, ebenso wie andere bei „Aryan88“ gehostete Websites, darunter der Webauftritt der niederländischen Rechtsrock-Band „Brigade M“, die mit dem Lied „Eigen volk eerst“ bekannt geworden ist.

Auch um Gary Rex Laucks NSDAP/AO ist es zurzeit im WWW vergleichsweise ruhig geworden. Ohne großen Zuspruch scheint mittlerweile sein Angebot für „deutsche Netzseiten in den sicheren USA“ zu sein, bei dem er zu einem stolzen Preis auf seine Firma RJG Engineering Webpace und Domainnamen für Neonazis anmietet. Sein „Kampf um die Domainnamen“, die in den vergangenen Jahren pressewirksam mit der Bezirksregierung Düsseldorf geführt wurden, ruht offenbar mangels Publicity weitgehend. Von den zahlreichen bekannten neonazistischen Websites, die so im Laufe der letzten Jahre über Laucks „RJG Engineering“ angemeldet und ins Netz gestellt wurden, sind

zwar Seiten wie das „Bündnis Rechts“, das „NIT Rheinland“ oder „Widerstand West“ nach wie vor online. Hoch ist aber auch die Zahl der nicht mehr vorhandenen, eingestellten oder disfunktionalen Domains. Dazu gehören die Nachrichten der HNG, Doppelblitz.net oder die über Lauck gehosteten Domains der Seite „Neogermania“, deren Forum als wichtigstes Naziforum nach dem „Nationalen Forum“ galt und die mittlerweile komplett aus dem WWW verschwunden ist.

Mit Problemen kämpft auch der rechtsextreme Provider „Odinsrage“, bei dem zahlreiche Neonazi-seiten kostenlos eingestellt sind. Neben im Odinsrage-Forum belegten, teilweise erfolgreichen Hackerangriffen deuten zum Teil lange Zugriffszeiten, bis hin zur Unerreichbarkeit des Servers, und seit Wochen ins Leere führende Links der Webseite sowie der ebenso lange Komplettausfall der internen Topliste auf massive technische Schwierigkeiten hin. Die beim Ausscheiden des langjährigen Betreibers Larry „Yoder“ Bertolino bei Odinsrage (BnR 13/03) verkündete Weiterführung durch „eine erfahrene und professionelle Person“ war offenbar mehr Wunsch als Realität.

Möglicher Nutznießer einiger dieser Probleme könnte Richard Anderson werden, der bislang als kostenpflichtiger Nazihoster agierte. Schon Ende Oktober vergangenen Jahres kündigte der unter dem Namen „White Alliance“ bis dahin kommerziell arbeitende Provider gemeinsam mit Odinsrage eine Kooperation an, die unter dem Namen „whiterage“ ein umfassendes Hostingangebot für Neonazis bieten sollte, wobei die Palette beider Anbieter kombiniert würde – ein Projekt, das schon vor seinem Start an internen Streitigkeiten zerbrach und bei dem Seiten bei Odinsrage sabotiert wurden. Nach mehreren Anläufen versuchte Anderson, der über zahlreiche Domainnamen verfügt, nun am ersten Wochenende im Juli ein erneutes Relaunch von „Whiterage“, vollmundig angekündigt als „erste weiße Alternative zu Yahoo“, die kostenlosen Speicherplatz, Foren, Chatrooms, MP3 undsoweiter bieten soll. Falls Anderson die Realisierung seines Angebotes tatsächlich gelingen sollte, hat er gute Chancen, auch im Bereich der Freehoster einer der führenden Naziprovider zu werden. Seine bisherigen Erfahrungen als kommerzieller Hoster von Seiten wie „NS 88 Video“, der amerikanischen „Blood&Honour“-Division oder „Combat 18“ und die derzeitige Schwäche bei anderen Freehostern dürften in der Szene ihre Wirkung nicht verfehlen.

Rudolf Kleinschmidt

Aktivitäten**Gnadenlos nüchtern****Rechte Musikfans auf dem Trockenen**

Mitten in der Geraer Innenstadt feierten thüringische Neonazis unter Führung des NPD-Kreisverbandes ihr ganztägiges Open Air am 21. Juni unter dem Motto „Rock gegen Krieg“. Der Park der Jugend liegt nur wenige Fußminuten vom Zentrum entfernt, schon von weitem war die Nazimusik auch für Passanten und Kauflustige, die die beliebten „Arcaden“ besuchten, nicht zu überhören.

Bereits vor einigen Wochen konnten die Neonazis in Gotha öffentliche Plätze für ihren „2. Thüringentag der nationalen Jugend“ beanspruchen und deklarierten die Stadt dann auch im Nachhinein frech zur „national befreiten Zone“. Ähnliches planten die führenden NPD-Kader Gordon Richter und Jörg Krautheim für ihr Geraer Rechtsrock-Konzert, „Volksfestcharakter“ sollte es haben. Für einen Eintrittspreis von 15 Euro könnten die Besucher ein legales Nazikonzert im Stadtzentrum erleben und das am Tag der Sonnenwende!

Tatsächlich kamen viel weniger Musikanhänger nach Gera als erwartet, nur etwa 200 waren es, die die Bands „Kommando Ost“, „Thor“, „Sturm und Drang“ und „Eugenik“ hören wollten. Dem Motto des Tages widmete sich NPD-Vorstandsmitglied Frank Schwerdt in einer kurzen und emotionslosen Rede, die zumeist jungen Zuhörer wirkten gelangweilt. Verkaufsstände für Merchandising-Artikel gab es nicht, auch keine NPD-Fahnen oder Embleme und gute Laune kam auch nicht auf, dafür sorgte die Polizei, denn die achtet streng auf die Einhaltung des Alkoholverbotes. Nicht nur Jens Fröhlich, der Sänger der Combo „Eugenik“ beklagte den nüchternen Zustand, „Kommando Ost“ kam nicht mit der Technik zurecht und die Senftenberger Truppe „Sturm und Drang“ machte sich vor Veranstaltungsende frustriert auf den Rückweg. Die rechten Ordnungskräfte in den schwarzen T-Shirts mit dem Schriftzug „Aufruhr-Versand“, dem Geschäft von Krautheim, standen gelangweilt im Wald herum. Ein finanzieller Erfolg wurde das Konzert für die NPD und die Freien Nationalisten auch nicht, die 15 Euro durften sie nicht kassieren. „Dies ist eine öffentliche Veranstaltung“, betonte der Einsatzleiter der Polizei in Gera, „also wird hier auch kein Eintrittsgeld kassiert“. *Andrea Röpke*

Ausland**Ikonen-Verehrung****Gespentisches Jahrestreffen in Idaho**

Am 21. Juni fand wieder der von den Aryan Nations (AN) ausgerichtete Aryan World Congress statt. Und auch in diesem Jahr versammelten sich Rechtsextremisten aus den gesamten USA um die mittlerweile 85-jährige Ikone Richard G. Butler. Nachdem die Aryan Nations im Jahre 2000 ihr weitläufiges Anwesen in Hayden Lake, Idaho, durch ein vom Southern Poverty Law Center angestrengtes Gerichtsverfahren verloren hatten, wurde die diesjährige Zusammenkunft im nahegelegenen Farragut State Park ausgerichtet. Eine Gruppe von 75 bis 100 Rechtsextremisten ehrte den fragilen Gründer der ebenso fragilen Aryan Nations für sein Lebenswerk und zahlte 35 Dollar pro Nase für eine Eintrittskarte. Butler wird nach einer Reihe von mehreren Herzinfarkten und Notoperationen praktisch durch künstliche Sauerstoffzufuhr und Medikamente am Leben gehalten.

Der diesjährige Aryan World Congress fand, obwohl in einem öffentlichen Park, praktisch unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt und es kam zu keinen Gegendemonstrationen, wie in vergangenen Jahren. Ein geplanter Demonstrationsmarsch durch die Stadt Coeur D'Alene konnte nicht durchgeführt werden, da die örtliche Handelskammer den AN mit der Anmeldung eines Straßenfest zuvor gekommen war. Nachdem der Congress in vergangenen Jahr aufgrund bitterer interner Streitigkeiten ausgefallen war, gaben sich in diesem Jahr wieder eine Reihe bekannter Aktivisten ein Stelldichein. Darunter Mitglieder des National Socialist Movement aus Minnesota und Kansas, zumeist in Wehrmachts- und SS-Uniformen. Anwesend waren auch Mitglieder der Aryan Nations Knights of the Ku Klux Klan aus Alabama, die gleichzeitig als Security der Veranstaltung fungierten, Billy Roper, Kopf der „White Revolution“ aus Arkansas sowie Radiomoderator Hal Turner, der aufgrund der vorherrschenden widrigen Witterungsverhältnisse nicht wie geplant live vom Aryan World Congress berichten konnte. Es ist zu vermuten, dass eher die persönliche Verbundenheit mit dem schwer kranken Richard Butler für viele Teilnehmer ausschlaggebend war, die weite Anreise ins nördliche Idaho zu machen, als eine Renaissance der zersplitterten Aryan Nations. *Thomas Grumke*

Ausland**Kopflose „Kirche“**

Am 17. Juli muss sich der bekannte US-amerikanische Rechtsextremist Matt Hale wegen Anstiftung zum Mord vor Gericht verantworten. Ihm drohen 30 Jahre Haft.

Der publikationshungrige Führer der World Church of the Creator (WCOTC), Matt Hale, hatte sich am 8. Januar gut gelaunt der Presse im US-Bundesgericht des Distrikts Chicago gestellt, wo über die Zukunft seiner Organisation entschieden werden sollte. Binnen einer Viertelstunde wurde der 31-Jährige jedoch zur Verblüffung aller Beteiligten in Handschellen abgeführt. Ihm wird vorgeworfen, versucht zu haben, einen Killer für die diesem Fall vorsitzende Richterin, Joan Humphrey Lefkow, anzuheuern.

Die WCOTC und ihr „Pontifex Maximus“ Hale waren im Jahr 2000 von einer in Oregon ansässigen religiösen Gruppe verklagt worden, die sich den Namen Church of the Creator 1988 urheberrechtlich hatte schützen lassen. Obwohl der Gründer der WCOTC, Ben Klassen, den Namen bereits in seinen Büchern in den 70er-Jahren verwendet hatte, ließ er diesen nie schützen. Nach einer Reihe von Anhörungen hatte Richterin Lefkow im Oktober 2002 entschieden, dass die WCOTC ihren Namen aufgeben, zwei Internet Domains an die Church of the Creator abgeben und sogar alle Druckerzeugnisse, die den Namen der Gruppe tragen, vernichten müsse. Dies veranlasste Hale und einige seiner Gefolgsleute, ihrerseits Klage gegen Lefkow einzureichen und sich dem Urteilsspruch zu widersetzen. Der Januar-Gerichtstermin war auf diese Weise notwendig geworden. Über Monate hatte Hale in zahllosen, vor allem antisemitischen Attacken gegen Lefkow agitiert. Besonders der Umstand, dass die Richterin mit einem Juden verheiratet ist und ihre Tochter drei Kinder mit einem Afro-Amerikaner hat, war Gegenstand widerlichster Hetze.

In der Anklage gegen Matt Hale heißt es, er habe zwischen dem 29. November und dem 17. Dezember 2002 versucht, eine Person zu finden, Richterin Lefkow zu ermorden. Mittlerweile hat sich herausgestellt, dass ein FBI-Informant aus dem engeren Umfeld der WCOTC-Führung die aus-

schlaggebenden Hinweise in diesem Fall gegeben hat. Der als „Brother Tony“ bekannte Chef der „White Berets“, der WCOTC-Sicherheitsgruppe, habe laut Staatsanwaltschaft für seine V-Mann-Tätigkeit rund 50 000 Dollar erhalten. Er war 1999 vom FBI rekrutiert worden, nachdem WCOTC-Anhänger Benjamin Smith bei einem Amoklauf zwei Menschen getötet und neun verletzt hatte.

Hale's Verhandlung ist für den 17. Juli dieses Jahres angesetzt und bei einer Verurteilung drohen ihm bis zu 30 Jahre Haft. Als Beweismittel dienen laut Gericht deshalb vor allem Abschriften von Tonbandaufnahmen aus Unterhaltungen mit dem Informanten, die Hale schwer belasten.

■ Antisemitische Attacken gegen eine Richterin ■

Im Dezember 2002 hatte Hale noch angekündigt, die WCOTC würde ihr Hauptquartier von Hale's Elternhaus in East Peoria, Illinois, nach Riverton, Wyoming – dem Wohnort von Hale's Stellvertreter Thomas Kroenke – verlegen. Ein Grund für diesen Umzug kann darin gesehen werden, dass Matt Hale im Jahre 1999 die Anwaltslizenz im Staate Illinois verweigert worden war und er eine Zulassung im Staate Wyoming als wahrscheinlicher betrachtete. Ein weiterer Grund ist, dass Wyoming als einer der wenigen US-Staaten keine so genannten „Hate Crime“-Gesetze hat. Unterdessen hat Kroenke allerdings seinen Job als Angestellter im Gefängnis von Riverton verloren. Dort hatte er erstmals von einem Inhaftierten über die WCOTC und die Creativity-Ideologie gehört. Kroenke wird inzwischen auch von den Bewohnern von Riverton geschnitten. So weigerte sich ein Copyshop-Besitzer, für Kroenke WCOTC-Propagandamaterial zu drucken oder zu vervielfältigen. Im März fand in Riverton ein speziell gegen den Umzug der rassistischen „Kirche“ nach Wyoming gerichteter Protestmarsch statt, der von lokalen Geschäftsleuten organisiert worden war.

Unter den nun gegebenen Umständen ist unklar, ob sich die WCOTC führer- und kopflos weiter fragmentieren wird oder es womöglich sogar zu einem Zusammenrücken der verbleibenden WCOTC kommt. Es bleibt abzuwarten, wie sich die US-amerikanische extreme Rechte nach dem Tod von William Pierce vor rund einem Jahr und der Zersplitterung der Aryan Nations neu gruppieren wird.

Thomas Grumke

Ausland**Der vergessene Dolch**

Zeuge legt Beweismittel vor – Jean Marie Le Pen ist ein gerichtsnotorischer Folterer.

Nunmehr ist gerichtlich bestätigt, dass man ihn öffentlich der Folter bezichtigen darf: Jean-Marie Le Pen, den Chef des rechtsextremen Front National (FN) seit dessen Gründung. In den ersten Monaten des Jahres 1957 hatte Le Pen, der damals dem französischen Parlament – als Abgeordneter der kleinbürgerlichen Anti-Steuer-Protestpartei der so genannten Poujadisten – angehörte, freiwilligen Offiziersdienst im Krieg gegen die algerische Unabhängigkeitsbewegung geleistet.

Unmittelbar vor der Stichwahl zur französischen Präsidentschaft im Mai 2002, bei der Le Pen dem Amtsinhaber Jacques Chirac gegenüber stand, publizierte die Pariser Abendzeitung „Le Monde“ Zeugenaussagen aus jener Zeit. So beschuldigte Mohammed Scherif Moulay den rechtsextremen Politiker Jean Marie Le Pen, seinen Vater Ahmed Moulay – einen wichtigen Funktionsträger der algerischen Befreiungsfront FLN – zu Tode gefoltert zu haben. Nacheinander habe Le Pen ihm literweise Seifenwasser eingeflößt, ihn durch Stromstöße gefoltert und im Anschluss erschossen. Der damals 12-Jährige gibt an, heimlicher Zeuge der Geschehnisse in seinem Haus gewesen zu sein. Le Pen klagte gegen die Zeitung, ein Jahr später kam es zum Prozess.

■ **Das Opfer gefoltert und anschließend erschossen** ■

Dabei musste der Chef des Front National eine unangenehme Überraschung erleben: Der Zeuge konnte bei der Verhandlung vor Gericht Ende Juni den Armeedolch präsentieren, den Le Pen am Ort des Geschehens damals vergessen hatte. Dieser trägt tatsächlich eine Inschrift mit Namen und militärischem Dienstgrad Jean Marie Le Pens, seine Echtheit wurde bestätigt. Le Pen scheiterte damit mit seiner Klage gegenüber der Zeitung „Le Monde“. Doch Le Pen kann für seine Taten nicht mehr belangt werden: Diese sind in Frankreich sowohl verjährt als auch Gegenstand einer Amnestie.

Bernhard Schmid

Ausland**Haftverschonung**

Bombender Poet wieder auf freiem Fuß

Ein Gericht im südrussischen Seratow hat entschieden, den Führer der Nationalbolschewistischen Partei (NBP) in Russland, Eduard Limonow, vorzeitig aus der Haft zu entlassen. Erst im April dieses Jahres war Limonow zu einer vierjährigen Haftstrafe wegen versuchter Bildung eines bewaffneten Haufens, der Planung terroristischer Anschläge und des illegalen Waffenbesitzes verurteilt worden (BnR 9/03). Nachdem der bekannte Autor bereits – die Untersuchungshaft eingerechnet – mehr als zwei Jahre im Gefängnis zugebracht hat, wurde er nun auf freien Fuß gesetzt.

Limonows Anwalt, Sergej Belyak, zeigte sich erfreut, dass das Gericht den Einwänden des Staatsanwalts nicht gefolgt war, der den 1943 als Eduard Savenko geborenen Querfrontler als nicht geläutert ansieht. Nach eigenen Angaben will sich Belyak nun auch für die vorzeitige Entlassung des mit Limonow verurteilten Gründers des einschlägigen Journals „Limonka“, Sergey Aksyonow, einsetzen.

Der heute 60-jährige Limonow wurde 1974 aus der Sowjetunion verwiesen und begab sich als schon damals bekannter Avantgardepoet zuerst in die USA, dann nach Frankreich. Dort wurde ihm ein gewisser literarischer Erfolg zuteil und bis heute hält Limonow die doppelte russisch-französische Staatsbürgerschaft. Während der 90er-Jahre wurde der Name Limonow jedoch immer mehr mit radikaler Politik anstatt mit Literatur verbunden. Nach seiner Rückkehr nach Russland 1992 und einem vergeblichen Versuch, in die Duma gewählt zu werden, schloss sich der Dichter kurzzeitig Wladimir Schirinowskis ultrarechter Liberaldemokratischer Partei an, bevor er 1993 die Nationalbolschewistische Partei gründete, mit dem obersten Ziel der Revitalisierung Leninscher Politik.

Mit ausschlaggebend für die Entscheidung zugunsten Eduard Limonows Haftverschonung war denn auch eine Petition seines alten politischen Weggefährten Schirinowski sowie einiger weiterer Angehöriger der Duma. Es ist zu erwarten, dass Limonow nach seiner Haftentlassung keine Zeit verlieren wird, genau dort politisch weiter zu agieren, wo er vor seiner Verhaftung aufgehört hatte. T.G.

Am Rande**In rechten Kreisen****Verschörungstheoretiker spekulieren über den 11. September.**

Eine illustre Runde mehr oder weniger seriöser Journalisten und Publizisten stellte am 30. Juni im Audimax der Berliner Humboldt-Universität ihre oft verschwörungstheoretisch unterlegten Spekulationen über die Anschläge vom 11. September 2001 in New York und Washington vor. Unter den zahlreichen Zuhörern befand sich auch Ex-NPD-Mitglied und -Anwalt Horst Mahler. Der hatte schon vor der Veranstaltung im Foyer CDs unter dem Titel „Die Septemberversbrecher“ verkauft. Die Wortschöpfung spielt auf das Schimpfwort „Novemberversbrecher“ an, mit denen die NSDAP die Anhänger der Weimarer Republik verunglimpfte. Unmittelbar nach dem 11. September hatte Mahler die Anschläge noch gerechtfertigt und war deshalb angeklagt worden. Vor Gericht erklärte er dann, er sei mittlerweile überzeugt, dass die Anschläge Teil einer großen Verschwörung der USA seien.

■ „Gesamter Erdball dem American Way of Life unterworfen“ ■

Mit dieser Meinung ist Mahler in guter rechter Gesellschaft. Auf einem an die Veranstaltungsbesucher verteilten Hochglanz-Flyer des Tübinger Hohenrain-Verlages werden Bücher beworben, die die gesamte Palette rechter Verschwörungstheorien in Zusammenhang mit dem 11.9. abdecken. „Die Welt nach dem 11. September“ heißt das neueste Buch des französischen Theoretikers der Neuen Rechten Alain de Benoist. Dort sind auch Mansur Khan und der Stammgast auf vielen rechten Kongressen, Franz Uhle-Wettler, mit Beiträgen vertreten. Das Buch eines Hermann Franzis nennt „Amerika: die große Zumutung“. In der Verlagsankündigung heißt es dazu: „Bevorzugtes Opfer der amerikanischen Großmachtpolitik waren über ein Jahrhundert lang die Deutschen.“ Noch deutlicher wird Walter Post, der sich „Über die Ursachen des Zweiten Weltkriegs“ folgendermaßen auslässt: „Tatsächlich wurde der Krieg von 1939 erst dadurch zum Weltkrieg, dass außereuropäische Mächte gleichzeitig auf entfernten Schauplätzen massive Interessenpolitik betrieben – die ihrerseits wieder auf Europa zurückwirkte“. Conrad C. Stein wirft „Der geheimen

Weltmacht“ USA vor, „alle Völker und Kulturen gleichgeschaltet und den Erdball dem American Way of Life unterworfen zu haben“. Dafür macht der Autor „die amerikanische Ostküste“ verantwortlich, was in extrem rechten Kreisen als Synonym für den Einfluss der Juden in den USA steht. Während die Anwesenheit Horst Mahlers eine Minderheit unter den Teilnehmern der Veranstaltung zu Protesten reizte, wurde der rechte Buchkatalog kommentarlos entgegengenommen. *Peter Nowak*

Skingirls gesucht**Zweifelhaftes Jobangebot für rechtsextreme Frauen.**

Das rechtsextreme Bündnis Rechts für Lübeck hat über seine Mailingliste ein „Arbeitsangebot (...) für nationale Deutsche“ verschickt. Gesucht werden dabei Webdesigner, Grafiker, Programmierer und Fotomodelle („deutsche Frauen für Foto & Video-produktionen, Skingirls / Punkgirls“ undsoweiter). Kontaktadresse für das Angebot, das unter anderem auch im neonazistischen Störtebeker-Netz veröffentlicht wurde, war eine russische Weiterleitungsadresse im WWW und die Postanschrift einer Firma D. Media in Hamburg. Die Webanschrift in Russland leitet weiter zu einer URL in Rumänien, unter der die Inhalte der Seite eingestellt sind. Unter anderem wird dort verlinkt auf eine zweideutige Modellagentur.

Anfang Juli erschien dann im Störtebeker-Netz ein Leserbrief, in dem die Erfahrungen mit diesem Arbeitsangebot beschrieben wurden. Danach handelt es sich bei der Hamburger Adresse um eine falsche Adresse, während beim Webangebot „‘Arbeit‘ im Hard- und Softcore-Bereich“ angeboten wird. Das Bündnis Rechts indes scheint diese Pornowerbung in keiner Weise zu stören – schon auf der Eingangsseite ihrer Webpräsenz findet sich direkt unter dem Link zu den weiteren Inhalten ein Verweis „Tipp: Arbeit zuerst für Deutsche“, der zu besagtem Angebot verlinkt. Wem das ein bisschen nach „EnTex Internet-Leistungen“ oder „DE-Webdesign“ klingt – das Linkangebot des Bündnis Rechts enthält auch Verweise auf Angebote von Oliver Dietsch alias Dennis Entenmann, auf den zeitweise auch die deutsche Domain des Bündnis Rechts angemeldet war. Ein Schelm, wer hier Verbindungen zieht... *Rudolf Kleinschmidt*

Grauzone**Illustre Gesellschaft****Berliner Staatsanwalt in rechtem Umfeld.**

Der Berliner Oberstaatsanwalt Hans Jürgen Fätkinhauer, dessen Abteilung Organisierte Kriminalität die Ermittlungen gegen Michel Friedman führt, publizierte 1998 in dem ultrarechten Sammelband „Kurswechsel. Stimme der Mehrheit“, der im Universitas-Verlag aus dem Fleissner-Verlagsimperium erschienen ist. Weitere Autoren in dem Band sind unter anderem bekannte Rechtsaußen wie Klaus Hornung, Heiner Kappel, Hans-Helmuth Knütter und Franz Seidler. Nachgedruckt wurde der Beitrag Fätkinhäuers unter dem Titel „Null Toleranz für Kriminalität“ dann postwendend in gekürzter Form auch in der extrem rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF vom 10. Juli 1998).

Herausgeber des Bandes „Kurswechsel“ ist Joachim Schäfer, Unterzeichner des JF-„Appells für die Pressefreiheit“. Schäfer, Hauptgeschäftsführer des Bundes der Selbständigen, Landesverband Nordrhein-Westfalen, ist Gründungsinitiator der 1996 ins Leben gerufenen Vereinigung „Stimme der Mehrheit“. Zu deren Gründungsmitgliedern gehören neben anderen Vertreter des rechtskonservativen beziehungsweise ultrarechten bis extrem rechten Spektrums, darunter Herbert Fleissner, Uwe Greve, Eberhard Hamer, Klaus Hornung, Heiner Kappel, Hans-Helmuth Knütter, Klaus-Rainer Röhl, Ronald Schroeder, Franz Seidler, Alexander von Stahl, Karlheinz Weißmann.

Für die „Stimme der Mehrheit“, so heißt es im Einband von „Kurswechsel“, ist „das Meinungsklima (...) stickig geworden in Deutschland. Die selbst ernannten Tugendwächter der Political Correctness verhindern die geistige Auseinandersetzung. Sie setzen ihr Diktat gegen das Denken einer breiten Mehrheit durch. Es ist höchste Zeit für einen Kurswechsel. Eine Gruppe wertekonservativer Publizisten macht sich mit der Anthologie ‘Kurswechsel’ zur ‘Stimme der Mehrheit’. Die Autoren zeigen auf, wie der Rechtsstaat dem Zeitgeist weicht, wie die Krise des politischen Systems zur allgemeinen Krise wird. Der Sammelband ist vor allem ein Wegweiser aus der zunehmenden Orientierungslosigkeit. Ein Plädoyer für Werte, Tugenden – und überfällige Reformen, eine tatsächliche geistig-moralische Erneuerung.“

Anton Maegerle

Demokratische Initiativen**Ostdeutsches Vorbild****Mobiles Einsatzteam in Nordhessen**

In Kassel wurde jetzt ein Mobiles Beratungsteam gegen Rassismus und Rechtsextremismus initiiert, das erste in Westdeutschland. Der Anstoß kam von einer Gruppe junger Wissenschaftler, die seit mehreren Jahren Bildungsarbeit mit dem Schwerpunkt Antirassismus im nordhessischen Raum anbieten. „Wir haben von den Beratungsteams in Ostdeutschland erfahren, und uns überlegt, dass wir in diesem Rahmen mehr Menschen erreichen können, weil wir dann die Seminare beispielsweise anders als bisher kostenlos anbieten können“, meint Christopher Vogel, der zu den Initiatoren gehört. Wegen der räumlichen Nähe zu Thüringen wird es viele Anknüpfungspunkte für die zivilgesellschaftliche Arbeit gegen rechts geben. Doch auch die regionalen Unterschiede betont Vogel. „Anders als in Ostdeutschland ist in Nordhessen das rechte Konzept der ‘national befreiten Zonen’ kein Thema. So können wir unseren Schwerpunkt eher auf den Gedanken der Prävention ausrichten, als eine Feuerwehrpolitik zu betreiben.“

Dass die rechte Gefahr in Nordhessen nicht zu vernachlässigen ist, wurde in einer Studie über rechte Jugendcliquen in der Region deutlich, die 2002 unter Federführung des Marburger Sozialwissenschaftlers Benno Hafeneger erstellt wurde und zur Zeit aktualisiert wird. Immer wieder werden Treffen von Nazi-Cliquen in kleineren nordhessischen Dörfern bekannt, heißt es in der Studie. Viele Bewohner stehen dem Treiben hilflos gegenüber und wissen nicht, wie sie sich verhalten sollen. Andere schweigen bewusst, weil sie um den Ruf ihres Ortes fürchten. Nur wenige leisten aktiv Widerstand. So versuchten Bewohner im Sommer 2000, durch die Etablierung von Runden Tischen den rechten Umtrieben entgegenzutreten. Doch mittlerweile haben sich manche der Beteiligten wieder anderen Themen zugewandt. Häufig fehlt schlicht die Infrastruktur und das Hintergrundwissen für eine kontinuierliche Arbeit gegen rechts, so das Fazit vieler Sozialwissenschaftler. Mit der Gründung des Mobilen Einsatzteams soll dieser Missstand beseitigt werden. Zur Zeit ist die Initiative mit den leidigen Fragen der Finanzierung beschäftigt. Land, Bund und EU sollen als Geldgeber gewonnen werden.

Peter Nowak

Hintergrund**Unverzichtbar**

Die hervorragende Reihe „Justiz- und NS-Verbrechen“ wurde durch zwei neue Bände ergänzt.

Wenn der Amsterdamer Strafrechtslehrer C. F. Rüter jetzt Mitte des Jahres in Pension geht, hinterlässt der Wissenschaftler eine Buchreihe, die ihresgleichen nicht hat. Sie heißt „Justiz und NS-Verbrechen“ und dokumentiert alle rechtskräftigen Urteile westdeutscher Landgerichte gegen NS-Verbrecher. Soeben sind die Bände 27 und 28 erschienen. Damit ist die Zahl vom ersten Urteil im September 1945 bis zum 11. Mai 1968 mit 676 Urteilen erfasst. Rüter rechnet mit 50 Büchern allein für die Bundesrepublik. Hinzu kommen freilich sehr viel weniger Bände mit den Urteilen der DDR-Justiz, von denen drei bereits veröffentlicht sind.

Nun kann man fragen, wem diese jeweils um die 800 Seiten dicken Werke nützen sollen? Die Antwort ist einfach. Es handelt sich nicht um Bestseller, wie die Auflage zeigt. Es werden jeweils um die 650 Exemplare gedruckt, die vorwiegend von juristischen Institutionen und Bibliotheken bezogen werden. Dort allerdings sind sie längst unverzichtbar, weil ohne diese Reihe Forschung zum Thema NS-Verbrechen und verwandten Bereichen kaum noch möglich ist. Und da das Interesse an der NS-Zeit nicht etwa schwindet, sondern zunimmt, können diese Bände von einer wachsenden Zahl Interessierter benutzt werden – so in Präsenzbibliotheken. Dort müssen sie in den Lesesälen studiert werden. Ein Verlust könnte nicht ersetzt werden. Dank Internet kann die Reihe – angereichert durch zusätzliche Informationen – jetzt auch weltweit für wenig Geld gelesen werden.

Im Band 27 findet sich das Urteil des Landgerichts Wuppertal vom 12. März 1968 gegen zwölf deutsche Polizeibeamte aus dem Rheinland, die in der polnischen Stadt Bialystok im Sommer 1941 mehrere hundert Juden in die örtliche Synagoge getrieben und lebendigen Leibes verbrannt haben. Es war eines der wenigen Strafverfahren gegen am Holocaust beteiligte Polizisten, was übrigens nicht nur für Deutschland gilt. In fast allen von den Nazis unterjochten Ländern hat die Polizei tatkräftig geholfen, die Juden aus ihren Häusern zu holen und zur Deportation zusammenzutreiben. Die Strafver-

fahren wegen dieser Verbrechen kann man an zwei Händen abzählen. In Wuppertal hatte Landgerichtsdirektor Norbert Simgen die Hauptverhandlung gegen die zwölf Polizisten zügig geführt und hohe Strafen verhängt. Der Bundesgerichtshof hob die meisten Strafen auf. Dabei spielte eine entscheidende Rolle, dass einer der Schöffen lange vor dem Prozess wegen einer geistigen Behinderung nur eingeschränkt urteilsfähig war. Dennoch hat die Hauptverhandlung das Grauen von Bialystok zu Tage gefördert, das man nun lesen kann.

Band 28 enthält nur fünf Urteile, weil Rüter und seine Mitstreiter allein für ein Urteil weit mehr als 350 Seiten brauchten. Es ging um einzelne und Massenmorde in Stanislau und Umgebung. Das ist die Gegend in den Westkarpaten im Grenzgebiet von Ungarn und Rumänien, also in Ostgalizien mit besonders großen jüdischen Gemeinden. Es war, wie es im Urteil vom Mai 1968 heißt, „die Hochburg des galizischen Judentums“. Dort hatten im Herbst 1941 nach dem Überfall auf die UdSSR Einheiten der Sicherheitspolizei damit begonnen, den Holocaust zu vollstrecken. Ort für Ort trieben sie Tausende von Juden zusammen und erschossen sie vor den Augen der Öffentlichkeit. Das Landgericht Münster hatte damals für so viele Angeklagte samt ihrer Verteidiger und anderen Prozessbeteiligten keinen Raum, der groß genug war. Deshalb waren erhebliche Umbauten erforderlich – auch für Medienvertreter. Nachträglich erwies sich das als weitgehend überflüssig. Das öffentliche Interesse tendierte nämlich gegen Null, was auch für die Journalisten galt. In der Geschichte der NS-Prozesse nimmt das Verfahren aber einen herausragenden Platz ein. Der nach dem Hauptangeklagten Hans Krüger benannte „Krüger“- oder „Stanislau-Prozess“ hätte der Öffentlichkeit die Verbrechen deutscher Polizisten vor Augen führen können – wenn die Medien ihre Aufgabe erfüllt hätten.

Aufschlussreich in Band 28 ist auch das Verfahren gegen den Legationsrat I. Klasse Franz Rademacher, einem hohen Beamten im Außenministerium Joachim von Ribbentrops. Rademacher war nicht nur Schreibtischtäter. Im Herbst 1941 reiste er nach Serbien, um zu prüfen, wie das „Problem“ von etwa 4000 Juden „an Ort und Stelle erledigt werden könne.“ Mehrfach wurde gegen Rademacher verhandelt. 1953 floh er nach Syrien, kehrte 1966 arm und krank zurück, wurde erneut angeklagt, verurteilt und starb schließlich 1973, ehe das Berufungsverfahren beendet war. *Heiner Lichtenstein*
E-Mail: junsv@jur.uva.nl; Internet: www.jur.uva.nl/junsv

Demokratische Initiativen**Erinnerungsbuch****Würdigung verfolgter Sozialdemokraten**

Die Hamburger SPD würdigt ihre im Nationalsozialismus verfolgten Mitglieder mit einem Gedenkbuch. Der Landesverband setzt damit eine Idee des ehemaligen Parteivorsitzenden Hans-Jochen Vogel um. Vogel hatte 1995 angeregt, Erinnerungsbücher für verfolgte Sozialdemokraten anzulegen. „Wer nicht weiß, woher er kommt, weiß auch nicht, wo er sich befindet und wohin er will“, erklärte Vogel zur Buchpräsentation.

Die Ausrichtung des Buches erläutert Christel Oldenburg vom Arbeitskreis Geschichte im Vorwort: „Im Blickfeld der Widerstandsforschung standen bislang Institutionen, Verbände oder Parteien. Nur selten wurde gefragt und untersucht: Wer waren die Menschen in diesen Gruppen? Wie hießen sie? Aus welchem Milieu stammten sie? Welchen Beruf übten sie aus? Was taten sie, als sie sich der Verfolgung der Nationalsozialisten aussetzten? Welche Strafen haben sie erlitten? Im Mittelpunkt der hier vorgelegten biografischen Skizzen steht der Mensch mit seinem Einzelschicksal.“

Drei aufrechte Lebenswege in Kurzform: Mit dem Vermerk „gestorben am 7.10.1944 im KZ Buchenwald“ endet die Biografie von Kurt Adams. Das Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (1924 bis 1933) war bei der Machtergreifung der Nazis Leiter der Hamburger Volkshochschule. Weil er sich dem Verlangen des Gauleiters Karl Kaufmann verweigerte, seine politische Einstellung öffentlich zu widerrufen, verlor der anerkannte Reformpädagoge seinen Job. Er eröffnete einen Kaffeeladen, der zur Anlaufstelle für sozialdemokratische und kommunistische Regimegegner avancierte. Nach dem Attentat auf Adolf Hitler wurde auch Adams von der Verhaftungswelle, die durch Deutschland schwappte, erfasst und ins KZ Buchenwald verbracht, wo er die unmenschlichen Zustände nicht überlebte. Er starb an den Folgen einer Lungen- und Hirnhautentzündung. In Hamburg wurde 1967 ein Platz nach dem promovierten Deutsch- und Geschichtslehrer benannt.

Die Kindergärtnerin Erna Mros überlebte die Nazi-Herrschaft nur, weil sie ins Exil nach Amerika ging. Seit 1927 war die Arbeitertochter im Inter-

nationalen Sozialistischen Kampfbund (ISK) aktiv. Nachdem die junge Frau aus politischen Gründen ihren Arbeitsplatz verloren und in „Schutzhaft“ gesessen hatte, eröffnete sie 1934 in der Hamburger Innenstadt eine vegetarische Gaststätte – fleischlose Ernährung und Pazifismus waren zentrale Botschaften des ISK. Die „Vega“ entwickelte sich schnell zu einem geistigen Zentrum des Widerstands, in dem sechs Regimegegner in Lohn und Brot standen. Exilierte Parteifreunde konnte Mros monatlich mit mehreren hundert Mark unterstützen. 1936 flog das Widerstandsnest durch Verrat auf. Mros konnte sich durch den schnell umgesetzten Entschluss, Deutschland zu verlassen, retten. Ihr abenteuerlicher Weg ins US-amerikanische Exil führte über Wien, Paris, Südfrankreich und Portugal. 2001 starb die mutige Frau in Sacramento.

Weniger Glück hatte der Schmied Wilhelm August Ropers. Nach dem Verbot der SPD gehörte er zum Führungszirkel der nun illegalen Partei. Der 1908 Geborene stellte Informationen über die Ausprägungen der Nazi-Herrschaft zusammen und schickte sie zum Exil-SPD-Vorstand nach Prag, wo sie Niederschlag in den „Deutschland-Berichten“ fanden. Als die braunen Machthaber ihm auf die Spur kamen, wurde er von der Gestapo gefoltert. „Drei Monate in Eisen gelegt, geschlagen und Haare ausgerissen sowie durch Hunger Magenkrankheit zugezogen“, notierte er in seinen Erinnerungen. Nach der Haft kam er in das KZ Sachsenhausen, erlangte Ende 1938 wieder seine Freiheit. Obwohl er die NS-Diktatur überstand, endete sein Leben tragisch. Ropers starb 1949 nach einem Straßenbahnunfall.

Zweieinhalb Jahre haben Mitglieder des Arbeitskreises Geschichte und die Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten Zeitzeugen befragt, in Archiven gestöbert und Fakten und Daten zusammengetragen. Herausgekommen ist ein 472 Seiten starkes lexikalisches Werk, das 1500 Namen Verfolgter auflistet. Die Schicksale von 98 Frauen und Männer werden ausführlich gewürdigt – darunter bekannte Sozialdemokraten wie die Ex-Bürgermeister Max Brauer und Paul Nevermann. Der Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur sei nicht ohne Wirkung geblieben, resümierte Hans-Jochen Vogel: „Alle, die sich vorgenommen hatten, die SPD zu vernichten, wurden von der Geschichte weggefeht.“ Volker Stahl

SPD-Landesorganisation Hamburg: Für Freiheit und Demokratie. Hamburger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Verfolgung und Widerstand 1933 – 1945, Books on Demand, Norderstedt 2003, 39,80 EUR.

Grauzone**Kalter Krieger**

Der Vorsitzende des revanchistischen Witikobundes ist auch außerhalb der „sudetendeutschen Kreise“ in der rechten Szene aktiv.

Die tschechische Regierung hat sich zur „moralischen Verantwortung“ für die Vertreibung von rund drei Millionen Sudetendeutschen nach dem Zweiten Weltkrieg bekannt; dies sei „aus heutiger Sicht unannehmbar“. Torpediert wird der deutsch-tschechische Aussöhnungsprozess allerdings seit Jahren von Ewiggestrigen.

Eine führende Position nimmt hier Horst Rudolf Übelacker (Jg. 1936), Bundesvorstandsmitglied der Sudetendeutschen Landsmannschaft sowie seit 1996 Vorsitzender des revanchistischen Witikobundes, ein. Im Jahr 2001 teilte die Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage mit, dass der Verfassungsschutz beim Witikobund, der sich als „nationale sudetendeutsche Gesinnungsgemeinschaft“ versteht, „eine Verdichtung von tatsächlichen Anhaltspunkten für rechtsextremistische Bestrebungen festgestellt“ habe. Erwähnenswert war der Bundesregierung auch der Hinweis, dass in einer Ausgabe des vom Witikobund herausgegebenen „Witikobriefes“ eine „Häufung insbesondere antijüdischer Textstellen ins Auge fällt.“

Die Witikonen wenden sich nach Eigenangaben „gegen Verfälschungen und Klitterungen der Geschichte des deutschen Sprachraums und der deutschen Siedlungsgebiete zum Zwecke der nationalen Erniedrigung sowie der moralischen und materiellen Erpressung.“ Im Rahmen einer „friedenssichernden Regelung des deutsch-tschechischen Verhältnisses“ fordert der Witikobund-Vorsitzende Übelacker unter anderem die „Rückgabe des gesamten sudetendeutschen Eigentums“ und „Verhandlungen über die Gewährung kollektiven sudetendeutsch / deutschen Selbstbestimmungsrechts einschließlich des Rechts auf die Heimat.“

Im revisionistischen Grabert-Verlag in Tübingen veröffentlichte Übelacker jüngst das Buch „Weg mit den Benesch-Dekreten“. In der Verlagswerbung heißt es dazu: „Kein EU-Beitritt der Tschechen ohne Aufhebung der Dekrete!“ Der Grabert-Verlag, einer der bekanntesten und hinsichtlich sei-

nes Buchangebotes größten rechtsextremen Verlanges in der Bundesrepublik, gilt als Standard-Verlag der Holocaust-Leugner und derer, die die Geschichte der NS-Zeit umschreiben möchten.

Die Parteizeitschrift „Der Republikaner“ attestiert Übelacker, dass dieser mit seinen Schriften und Publikationen „zum Offenhalten sudetendeutscher Rechtspositionen“ beiträgt. Zur Feder griff und greift der bekennende Sudetendeutsche Übelacker unter anderem für die extrem rechten Blätter „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“, dem „Eckartboten“, die „Aula“, „Junge Freiheit“ sowie „Zur Zeit“. Autor ist Übelacker auch beim Tübinger Hohenrain-Verlag.

Die rechtsextreme Monatszeitschrift „Nation&Europa“ lobt, dass Übelacker außerhalb der „sudetendeutschen Kreise“ auch „immer wieder den Sprung in die politische Szene“ wagte – so etwa beim rassistischen Schutzbund für das deutsche Volk. Der „Schutzbund“ gibt sich als Sachverwalter des „Heidelberger Manifestes“ vom Juni 1981, in dem mehrere (extrem) rechte Professoren ihre „Sorge“ über die „Unterwanderung des deutschen Volkes durch Zuzug vieler Ausländer“ ausdrückten. Zweck des Vereins ist die „Erhaltung der ethnischen und kulturellen Eigenart des deutschen Volkes“.

■ „Rückgabe des gesamten sudetendeutschen Eigentums“ ■

Horst Rudolf Übelacker, früherer Bundesbank-Direktor und Ex-Republikaner-Kreisvorsitzender von München-Land, lebt seit seiner Pensionierung im österreichischen Linz und betreibt dort mit Gleichgesinnten die Reorganisation des „Arbeitskreises Witikobund Österreich (AWÖ)“, dem er als kooperiertes Vorstandsmitglied angehört. Zugleich steht das vormalige CSU-Mitglied Übelacker seit 1989 als Präsident der Deutsch-Ukrainischen Gesellschaft in München vor.

Als Referent trat Übelacker in den letzten Jahren bei ultrarechten bis rechtsextremen Vereinen, Gruppierungen und Gesprächsrunden wie dem Arbeitskreis für deutsche Politik (AfdP), den „Bogenhauser Gesprächen“, der Partei der Heimatvertriebenen und Entrechteten, dem Deutschen Kulturwerk europäischen Geistes, dem Deutschen Seminar, Kultur und Zeitgeschichte – Archiv der Zeit und dem Schulverein zur Förderung der Russlanddeutschen in Ostpreußen in Erscheinung. *Anton Maegerle*

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten**

„Junge Freiheit“ (JF), 18. Jg., Nr. 24-27/2003: „Ein klares Ja zur eigenen Nation“, vermisst JF-Chefredakteur Dieter Stein, daher würden die Deutschen auch so schmählich der „Helden“ des 17. Juni gedenken. Hier müssten „der Aufarbeitung des Nationalsozialismus gleichrangige Forschungsbemühungen“ einsetzen, fordert Stein. „Die Verböhrtheit antifaschistischer Eiferer“ beklagt Doris Neujahr, schließlich habe das „Gedenken an den 17. Juni an Stil, Qualität und Inhalt der Politik bisher nichts geändert“, die „Faschismuskeule“ gehöre „endlich auf den Müllhaufen der Geschichte“. Die „Extremismuskeule“ geschwungen im „Kampf gegen Rechts“ sieht Christian Roth auch im Fall der virtuellen FUN-Partei, deren Erwähnung im Verfassungsschutzbericht „Zensur-Maßnahmen“ im Internet hervorgerufen habe. Ob die Innenminister mit dem „Kampf gegen Rechts“ wirklich die Mittel dort einsetzen, wo sie der „inneren Sicherheit unserer Gemeinschaft am meisten nützen“, fragt sich in seinem Beitrag der CDU-Bundestagsabgeordnete Axel Fischer. Jürgen Möllemann habe „am ideologischen Fundament und der Existenzgrundlage der orthodoxen BRD-Mandarine gerüttelt“, merkt Neujahr an. Durch seinen „physischen Tod“ sei „die Grenze der Rede- und Handlungsfreiheit in Deutschland nur noch mit Blut nachgezeichnet“ worden, stellt die JF-Autorin fest. Michel Friedman, der „den Respekt, der ihm als Nachkomme von NS-Opfern gebührt“ instrumentalisiert habe, hat nach Ansicht Neujahrs als „moralische Instanz der Berliner Republik“ ausgedient. In einer Anzeige wird für die Broschüre „Vorsicht Friedman – Anatomie einer heimlichen Medien-Seilschaft“ der rechtsextremen Deutschland-Bewegung geworben. Die Deutschen „unter Hitlers umgekehrter Herrschaft“ wähnt Franz Uhle-Wettler. Er hofft auf diejenigen, die „Jahrzehnte nach Hitler geboren wurden und sich nicht mehr von ihm – umgekehrt – regieren lassen“. Den revisionistischen Zeitgeschichtler Alfred Schickel, der „im Dienst der geschichtlichen Wahrheit und unparteiischen Hinsicht“ seines Amtes walte, rühmt Klaus Hornung. Für „doppelt überflüssig“ hält Neujahr den Bau der Topographie des Terrors, wo „statt seriöser Forschung nur Volkspädagogik betrieben werden“ könne. Auf Kosten der kulturellen Substanz würde die „bewältigungssüchtige Kulturschickeria“ an diesem „größtenwahnsinnigen Projekt“ festhalten. (gn)

Bücherschau**Guter Überblick**

An breiter angelegten wissenschaftlichen Arbeiten zur Jugendkultur der Skinheads und ihrem rechtsextremistischen Kontext mangelt es nach wie vor. Die aus einer Dissertation an der Universität Marburg hervorgegangene Arbeit „Skinheads – Gefahr von rechts?“ von Holger Bredel will hier einen Ausgleich schaffen. Sie gliedert sich in sieben Kapitel: Zunächst wird auf die Ursprünge der Skinhead-Bewegung in Großbritannien sowie auf die Entwicklung in der Bundesrepublik und in der DDR eingegangen. Dem folgt eine Darstellung zu den Fanzines, den Skinhead-Bands sowie den Platten- und Versandfirmen. Dazwischen findet sich ein Exkurs, der auf die Definitionsversuche von Begriffen wie Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus eingeht.

Das Urteil über Bredels Arbeit fällt ambivalent aus: Einerseits beeindruckt die Arbeit durch die Fülle der verwendeten unterschiedlichen Materialien, die den Anmerkungsapparat auf fast 1300 Fußnoten anwachsen ließ. Der Autor wertete die vorhandene Sekundärliteratur aus Journalismus, Wissenschaft und Verfassungsschutz ausführlich aus, während die Primärliteratur in Gestalt von Fanzines und Tonträgern aus der Skinhead-Szene allerdings nicht in ähnlichem Umfang berücksichtigt wurde. Gleichwohl entstand eine überaus informative und kenntnisreiche Zusammenfassung des bisherigen Wissensstandes über die Skinheads, die sich auch als Gesamtdarstellung und Nachschlagewerk zum Thema nutzen lässt.

Andererseits wird die im Untertitel suggerierte Problematik einer Einschätzung des Gefahrenpotenzials noch nicht einmal in Ansätzen erörtert. Da selbst ein Schlusswort fehlt, kann Bredel auch dort nicht bilanzierend darauf eingehen. Nicht alles passt zum eigentlichen Thema: So geht Bredel ausführlich auf die Band „Böhse Onkelz“ ein (vgl. S. 258-270), betont aber auch, dass sie gar nicht mehr rechtsextremistisch ausgerichtet ist (S. 56). Die bedeutende Skinhead-Band „Landser“ wird demgegenüber nur sporadisch behandelt. Auch wird die rechtsextremistische Positionierung der ursprünglich eher unpolitischen Jugendkultur nicht systematischer erörtert.

Armin Pfahl-Traugher

Holger Bredel, *Skinheads – Gefahr von rechts?*, Berlin 2002 (Rhombos-Verlag), 419 Seiten, 35,20 EUR.

Meldungen

Inland

■ **Berlin** – Drei Mitglieder der Neonazi-Band „Landser“ müssen sich seit dem 24. Juni vor dem Berliner Kammergericht verantworten (BnR 20/02, 4/03). Die Anklage wirft ihnen unter anderem Bildung einer kriminellen Vereinigung, Volksverhetzung, Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen, öffentliche Aufforderung zu Straftaten, Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole vor. Der Prozess gegen die Angeklagten Michael W. (38), Andre M. (35) und Christian W. (27) ist voraussichtlich bis zum 27. August terminiert.

■ **Fürstenberg** – Ideologischen Einfluss über den Heimatverein im brandenburgischen Fürstenberg/Havel versucht nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes der Rechtsextremist Uwe Jürgens (72), Leserbriefschreiber in „Nation&Europa“, zu nehmen. Der Heimatverein verbreitet seit über einem Jahr revisionistische Schriften, die sich nach Ansicht des Fürstenberger Fördervereins Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück „am Rand der Verfassungsfeindlichkeit“ bewegen und teils „völkische Tendenzen“ aufweisen. Jürgens, der aus Fürstenberg stammt, leitete in den 80er Jahren in Suroide in der Nähe der KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen die paramilitärische Wehrsportgruppe „Nothilfetechnische Übungs- und Bereitschaftsstaffel“. 1990 zog er nach Fürstenberg um. Nach Einschätzung der damaligen Bundesregierung konnte die Jürgens-Truppe als „Wehrsportgruppe mit neonazistischen Bezügen“ angesehen werden.

■ **Halle** – Als Steffen Hupka, Ex-Landeschef der NPD in Sachsen-Anhalt, vor drei Jahren von der Aussteigerinitiative des Bundesinnenministeriums hörte, die angeblich jedem aussteigewilligen Rechten 10 000 Mark „Prämie“ anbot, fühlte er sich „als nationale Kraft beleidigt“. In einem Schreiben warf der heute 41-Jährige Otto Schily vor, Deutschland an „internationale Verbrecherorganisationen auszuliefern“ und das deutsche Volk abschaffen zu wollen. Der Bundesinnenminister sei ein Hochverräter und die Regierung voller Völkermörder. Äußerungen, für die der Rechtsextremist sich seit dem 1. Juli vor Gericht verantworten muss. Hupkas per E-Mail verbreitete Äußerungen, so die Staatsanwaltschaft, erfüllten den Tatbestand der Verleumdung von Verfassungsorganen. Ein Vorwurf, den der An-

geklagte an sich abprallen lässt. „Ich stehe dazu, was ich geschrieben habe“, sagt Hupka und funktioniert den Gerichtssaal zur Bühne für seine politische Botschaft um. Sein Brief enthalte „deutliche Kritik“, aber eben keine Beleidigungen. Dass er dafür vor Gericht stehe, zeige die primitive Abwehrhaltung des Staates.

■ **Ilfeld** – „Tage deutscher Gemeinschaft“ sollen auch in diesem Herbst wieder im Südharz-Örtchen Ilfeld stattfinden. Der ehemalige NPD-Vorsitzende Günter Deckert lädt zu der Veranstaltung ein, die in der Tradition der Tagungen der rechtsextremen Zeitschrift „Recht und Wahrheit“ steht. Das Herbsttreffen ist für das Wochenende vom 24. bis 26. Oktober geplant. Deckert selbst will zum Thema „Die Familie – Anmerkungen zu einem Überlebenssthema unseres Volkes“ referieren. NPD-„Vordenker“ Jürgen Schwab beschäftigt sich mit „Die US-amerikanische Weltherrschaft im Spiegel des deutschen Idealismus“. Walter Post, in der Vergangenheit Referent beim Deutschen Kulturwerk europäischen Geistes und Autor der „Jungen Freiheit“, referiert über „Die Ursachen des 2. Weltkriegs“. Richard Miosga (Deutsches Rechtsbüro) schließlich spricht über „Die aktuelle Lage an der Asyl- und Ausländerfront“.

■ **Lübeck** – Rechtsextremisten haben am letzten Juniwochenende in Lübeck versucht, eine leer stehende städtische Villa zu besetzen. Ein größeres Polizeiaufgebot stoppte die Aktion nach rund dreieinhalb Stunden. Dem Polizeibericht zufolge waren 14 Vertreter der rechten Szene aus Hamburg an der Aktion beteiligt. Die sich selbst als „undogmatische LinksnationalistInnen“ bezeichnenden Neonazis waren schwarz gekleidet und verumumt in das Gebäude eingedrungen. Rechte Homepages berichten davon, einige ihrer Sympathisanten hätten die Aktion durch Protestaktionen von der Straße aus unterstützt. Auf Transparenten stand die Aufschrift „Schafft zwei, drei, viele Alternativen!“ Damit wollten die Rechten – angeblich – ihre Solidarität mit dem seit Jahren bestehenden linken Kultur- und Jugendprojekt „Alternative“ zeigen. Daneben forderten sie aber ebenso die Einrichtung eines „Nationalen Zentrums“, ein „selbst verwaltetes nationales und soziales Jugendzentrum“ für Rechtsextreme. Die Besetzer wurden nach Ende ihrer Aktion vorübergehend von der Polizei festgenommen.

■ **Mannheim** – NPD-Aktivist Christian Hehl hat seiner Heimatstadt Ludwigshafen den Rücken zugekehrt und nach einer kurzen Phase in Karlsruhe

nun in Mannheim seine Zelte aufgeschlagen. In der Innenstadt bezog der 34-jährige Skinhead eine kleine Wohnung. Die Miete übernimmt das Sozialamt. Im selben Haus wohnen auch zwei führende Aktivisten der Karlsruher Kameradschaft: Dominik Scheiders und die Jura-Studentin Nicole Schäfer. Sie sollen dem Hausbesitzer den neuen schwer gewichtigen Mieter empfohlen haben.

■ **Mömlingen** – Nachdem ein Skinkonzert am 21. Juni in Rodgau bei Offenbach nicht stattfinden konnte, weil der Grundstückseigentümer seine Zustimmung zurückgezogen hatte, wichen die Neonazis ins fränkische Mömlingen aus, knapp jenseits der hessisch-bayrischen Landesgrenze. Vor rund 300 Zuschauern standen unter anderem die NRW-Bands „Oidoxie“ und „Sleipnir“ auf der Bühne. Nur eine Woche später folgte ein weiteres Konzert, diesmal in Rheinland-Pfalz. 200 bis 250 Neonazis lauschten dort den Bands „Nordwind“, „Gegenschlag“, „Fadenkreuz“ und „Todesstrafe“. Vor allem die Band „Todesstrafe“ nahm dabei kein Blatt vor dem Mund. „Wegen solchen Bands brauchen wir uns nicht zu wundern wenn es keine Konzerte mehr gibt!!!! Man kann solche Lieder nicht bringen wenn die Bullerei gleich 10 m daneben steht“, wurde in einem Neonazi-Forum im Internet gewarnt.

■ **München** – Der emeritierte Politikwissenschaftler Klaus Hornung (Jahrgang 1927) referierte am 2. Juli auf dem Haus der weit rechts stehenden Münchner Burschenschaft Danubia. Im Rahmen eines „Burschenschaftlichen Abends“ sprach der Präsident des Studienzentrums Weikersheim, ein wichtiger konservativer Think Tank, zum Thema „Der Kampf gegen rechts – Machtstrategien der Moralgesellschaft“. Ein Umfeld, in dem er sich wohl fühlt: bei der stramm rechten Hamburger Burschenschaft Germania war Hornung vor einigen Jahren ebenfalls zu Gast. In der „Jungen Freiheit“ (JF), zu deren Stammautoren er zählt, verfasste er kürzlich (JF 25/03) einen Beitrag zu Ehren Alfred Schickels, dem Leiter der revisionistischen Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt.

■ **Nürnberg** – Der NPD-Landesverband Bayern war Organisator einer Demonstration in Nürnberg unter dem Motto „17. Juni 1953 / 2003 – Damals wie heute für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung!“, an der am 14. Juni rund 250 Rechtsextremisten teilnahmen. Als Redner traten unter anderem der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt und der bayrische Landesvorsitzende Ralf Ollert auf. Zu-

gegen waren neben NPD-Kadern wie Günter Kursawe auch Neonazis der Fränkischen Aktionsfront (F.A.F.); darunter Marco Näser und Frank Zunner. Als Ordner trat neben anderen das HNG-Mitglied Franz Löschnig in Erscheinung. Auf einer Zwischenkundgebung spielte die Rechtsrock-Kombo „Radikahl“ um den Sänger Manfred Wiemer auf. „Radikahl“, in Szene-Kreisen bekannt durch den „Hakenkreuz-Song“, veröffentlichte mehrere Tonträger, von denen einige auch Verstöße gegen Paragraph 86a, 130 und 131 Strafgesetzbuch aufweisen.

■ **Schwerin** – Eine Spur der Gewalt zieht sich durch Westmecklenburg. Die Staatsanwaltschaft ermittelt inzwischen gegen 60 Tatverdächtige. Drei Haftbefehle wurden jetzt erlassen. Am 1. Mai dieses Jahres schlugen 10 bis 15 Jugendliche in Schönberg (Kreis Nordwestmecklenburg) mit Fäusten und Baseballschlägern brutal auf zwei junge Männer ein. Nach Angaben der Schweriner Staatsanwaltschaft sprang einer der Tatverdächtigen einem am Boden liegenden Opfer auf den Brustkorb. Die Schläger trugen Bomberjacken, Springerstiefel und Stahlkappenschuhe. Zwei Tage später in Sternberg: An einer Tankstelle schlugen etwa 15 bewaffnete Jugendliche auf vier junge Leute im Alter zwischen 18 und 22 Jahren ein. Zuvor hatte es einen kurzen Streit gegeben. Weitere ähnliche Fälle sind aus Gadebusch, Ludwigslust bekannt geworden. In Sternberg wurden erneut zwei Männer nach einem Heimatfest zusammengeschlagen und ausgeraubt. Nun konnte die Staatsanwaltschaft erste Fahndungserfolge melden: Ein 22-jähriger Ratzeburger, ein 18-jähriger Schweriner und ein 18-jähriger Wismarer befinden sich in U-Haft. Laut Oberstaatsanwalt Pick gehören die Verdächtigen zur rechtsextremen gewaltbereiten Szene.

■ **Sternberg** – Die Neonazi-Band „Landser“, gegen die kürzlich am Berliner Kammergericht ein Verfahren wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung eröffnet wurde, ist jetzt auch Thema in Sternberg: Am dortigen Amtsgericht wird derzeit gegen einen 34-jährigen Maler und einen 30-jährigen Bauhelfer, beide aus München, wegen Volksverhetzung verhandelt. Es wird ihnen vorgeworfen, Anfang August vergangenen Jahres auf einem Grillfest in Söcking eine Musikkassette mit „Landser“-Stücken abgespielt zu haben. Der Prozessbeginn gestaltete sich jedoch als schwierig, denn weder die Polizeibeamten, die dem Fest ein Ende bereiteten, noch die Nachbarn, die die Polizei alarmierten, waren vor Gericht erschienen.

■ **Torgau** - Der Front-Records Versand in Torgau will aus der Kokainaffäre um den Vizepräsidenten des Zentralrats der Juden Michel Friedman Kapital schlagen. Bereits wenige Tage nach Bekanntwerden der Ermittlungen hatte man ein T-Shirt mit dem Rücken-Aufdruck „Wir Deutschen sind spitze, auch ohne Koks und ohne Spritze“ im Angebot. Auf der Brust prangt der Spruch: „Friedman hörst du uns?“, eine Abwandlung eines Zitats aus einem alten Landser-Lied.

■ **Walzbachtal** - Der ehemalige rechtsextreme Musiker Marcus Hüther, der in den 90er Jahren unter anderem bei Bands wie „Drom“, „Sturmgesang“ und „United Blood“ mitgewirkt hatte, hat nun in der Schlagerwelt ein neues Zuhause gefunden. Als Marcus Sommer tourt er mit Titeln wie „Der Mann im Mond“ durch die Discotheken. Im August will er dann die deutschen Mallorca-Touristen beglücken.

Ausland

■ **Kanada (Toronto)** - Wie aus kanadischen Regierungskreisen verlautet, ist dem deutsch-kanadischen Revisionisten Ernst Zündel die sofortige Freilassung bei einer Ausreise in ein Land seiner Wahl angeboten worden. Die Bedingung: Zündel muss sich als „Sicherheitsrisiko“ für Kanada bekennen, was seine Wiedereinreise in das Land in Zukunft unmöglich macht. Fraglich ist, ob irgendein Land außer Deutschland ihm unter diesen Umständen ein Aufenthaltsrecht gewähren würde. Bei einer Abschiebung nach Deutschland drohen Zündel bis zu fünf Jahre Haft. Der 64-Jährige wartet unterdessen auf seine nächste gerichtliche Anhörung am 28. Juli. Zündel befindet sich seit Februar in Haft, nachdem er von den USA wegen eines Visavergehens nach Kanada abgeschoben worden war. Ein Hilfersuchen von Zündel-Sympathisanten an Amnesty International (AI) hat sich als Bumerang erwiesen. Das AI-Büro in London teilt in einer Erklärung mit, es sehe Ernst Zündel nicht als politischen Gefangenen an und setze sich prinzipiell nicht für die Freilassung von Personen seines Gedankenguts ein.

■ **Österreich (Wien)** - In Wien wurde der seit mehr als zwei Jahren per Haftbefehl wegen des Verdachts der NS-Wiederbetätigung gesuchte und untergetauchte Ex-FPÖ-Bezirksrat Wolfgang Fröhlich (51) verhaftet. Der knasterfahrene Fröhlich, Autor unter anderem in „Sleipnir“ und „Stimme des Lebens“, leugnet in seinen Schriften („Der Gaskammerschwindel – Psychoterror gegen die Völker“) die

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

Berliner vorwärts Stresemannstr.30 10963 Berlin

PVST, DPAG, Entgelt bezahlt, A 13861

Heft 14/2003 Abo 401917

8

Antifaschistisches Pressearchiv und
Lausitzer Str. 10

10999 BERLIN

industriell betriebene Massenvernichtung von Juden in Gaskammern. Seine Pamphlete verschickte er auch immer wieder an Schulen. 1994 wurde Fröhlich aus der FPÖ ausgeschlossen, weil er als Wiener Bezirksrat von der „multikulturellen Bastardisierung der Gesellschaft“ gesprochen hatte. Vermutet wird, dass Fröhlich während der Zeit des Untergrunds Kontakt zu seiner Frau hatte. So beantwortete er Post, die an seine im Haus seiner Frau residierende „Dokumentationsstelle des Widerstandes patriotisch gesinnter Österreicher“ gerichtet war. Bei seiner Verhaftung hatte Fröhlich eine Liste mit einschlägigen Kontakten bei sich, die nun ausgewertet wird.

Impressum

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH

Stresemannstr. 30, 10963 Berlin

Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Stresemannstr. 30, 10963 Berlin

Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499

e-mail: nandlinger@bnr.de

Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)

Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20

38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung/Vertrieb:

Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

Postbank Berlin, BLZ: 10010010, Konto-Nr.: 673906-109

Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement

Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto

Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto

Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.